

Die Parlamentswahlen und das Referendum in Belarus'

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1995). *Die Parlamentswahlen und das Referendum in Belarus'* (Aktuelle Analysen / BIOst, 45/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45674>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Parlamentswahlen und das Referendum in Belarus'

Zusammenfassung

Von allen europäischen Staaten sind in Belarus' das Streben nach Selbständigkeit und die nationale Identität des belarussischen Volkes am wenigsten ausgeprägt. Die früher "sowjetischste" aller Sowjetrepubliken Belarus' befindet sich nach dem Zerfall des Riesenreichs in einer tiefen Identitätskrise. Die Jahrzehnte des Staatssozialismus haben besonders in diesem Land tiefe Spuren hinterlassen. Im Unterschied zu Rußland und der Ukraine hat Belarus' keine Antikommunismus- und Souveränitätswelle erlebt. Der Transformationsprozeß hat in der Republik noch nicht begonnen, die Menschen fühlen sich enttäuscht und wollen eine Zukunft, die möglichst viel aus der Vergangenheit bewahrt. Die Dominanz Rußlands, seiner Kultur, Sprache und seiner Wirtschaft ist in Belarus' allgegenwärtig.

Steht die Republik Belarus' nach nur dreieinhalb Jahren Souveränität vor der Auflösung der eigenen Staatlichkeit?

Die gescheiterten Parlamentswahlen

Die offiziellen Resultate des Referendums und der ersten Runde der Parlamentswahlen in Belarus' wurden am 25.5.1995 von der Zentralen Wahlkommission veröffentlicht.¹ An den Parlamentswahlen am 14.5.1995 nahmen 4.821.199 Wähler (= 64,7%) teil. Um die 260 Mandate im neuen Parlament bewarben sich 2.238 von den Bezirkswahlkommissionen registrierte Kandidaten. Über 43% der Bewerber waren parteilos, 10% waren Vertreter der Belarussischen Partei der Kommunisten (BPK), 8% der Belarussischen Volksfront (BVF), 5% der Belarussischen Agrarpartei (BAP), 4,5% der Partei der Volkseintracht (PVE). Die Wahlen waren in 235 Wahlbezirken gültig. In 24 Wahlbezirken kamen weniger als 50% der Stimmberechtigten zur Wahl, in einem Wahlbezirk wurden die Wahlen wegen Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt. Aufgrund

¹ Sovetskaja Belorussija, 25.5.1995, S. 1.

des komplizierten Mehrheitswahlrechts wurden im ersten Wahlgang nur 18 der 260 Abgeordnetensitze vergeben. Unter ihnen waren der geschäftsführende Sekretär der GUS, I. Korotëenja, und der Vorsitzende des belarussischen Gewerkschaftsbundes, V. Honëarik.

In 216 Wahlbezirken fanden am 28.5.1995 die Stichwahlen zwischen den zwei bestplatzierten Kandidaten statt. Im zweiten Wahlgang konzentrierte sich das Interesse auf die Wahlbeteiligung, die im Durchschnitt bei 55% lag. In der Hauptstadt Minsk gingen aber lediglich 38% der Wähler zu den Urnen. In 114 Wahlbezirken konnte auch nach dem zweiten Wahlgang kein Abgeordneter bestimmt werden, weil entweder die Wahlbeteiligung zu gering war - unter 50% der Wahlberechtigten (in 86 Wahlkreisen) - oder kein Kandidat die erforderliche Mehrheit - mehr als 50% der Wahlberechtigten - erhielt (in 28 Wahlkreisen).

Im zweiten Wahlgang wurden weitere 102 Sitze im Parlament vergeben. Die Agrarpartei, die hauptsächlich aus der ehemaligen Parteinomenklatura auf dem Land besteht, erhielt 26 Mandate, die Kommunistische Partei 24. In das neue Parlament wurden der Ex-Premier V. Kebic, der Vorsitzende des Obersten Sowjet, M. Hrib, der letzte Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei von Belarus' (KPB), A. Malofeev, der Führer der Belarussischen Partei der Kommunisten (BPK), der ehemalige Präsidentschaftskandidat V. Novikov, und viele andere ehemalige und amtierende GebietsparteiSekretäre gewählt.

Mit insgesamt 120 Deputierten ist der neue Oberste Sowjet nicht beschlußfähig. Das neue Parlament ist erst beschlußfähig und kann zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten, wenn mindestens zwei Drittel, also 174 der 260 Sitze vergeben sind. Die Nachwahlen finden wahrscheinlich im Herbst statt. Bis dahin bleibt der alte, noch zu Sowjetzeiten gewählte Oberste Sowjet, in dem die linksorientierte Fraktion "Belarus" die Mehrheit hat, bestehen.

Am 14.6.1995 soll der amtierende Oberste Sowjet zusammentreten, um die entstandene parlamentarische Krise zu entschärfen. Dafür soll der Artikel 7 des Gesetzes über die Wahlen zum Obersten Sowjet dahingehend geändert werden, daß für die konstituierende Sitzung des neuen Obersten Sowjet zwei Fünftel, d.h. 104 Deputierte, notwendig sind. Außerdem wird die Wahlbeteiligungsgrenze von gegenwärtig 50 auf 40% für den ersten Wahlgang und auf 30% für die Stichwahlen gesenkt.¹

Es waren die ersten freien Parlamentswahlen in Belarus' seit der Unabhängigkeit der Republik im Jahr 1991. Die Wahlen fanden nach dem Mehrheitsprinzip, nicht nach Parteienlisten in territorialen Wahlbezirken statt, in denen Betriebsdirektoren, Kolchos- und Sowchosvorsitzende und die örtlichen Verwaltungschefs die besten Positionen und Chancen hatten. Sie alle gehören zur Nomenklatura, die die Sowjetzeit überlebt hat. Es sind die ehemaligen Nomenklatura- und Wirtschaftskader, die reale Macht haben, und nicht die politischen Parteien, die wenig Einfluß auf die gesellschaftlichen Prozesse im Land ausüben.

Anfang 1995 gab es in Belarus' 36 politische Parteien, von denen nur 14 an den Parlamentswahlen teilnahmen. Die Parteien unterscheiden sich hinsichtlich ihres Verhältnisses zur nationalen Idee, zur staatlichen Unabhängigkeit und zu den Beziehungen gegenüber Rußland. Die Mehrheit der Parteien ist mitgliederschwach, nur die BPK und die BVF haben starke Organisationen: Die BPK hat etwa 26.000 Mitglieder, die BVF etwa 9.000.

Die linken Parteien - die Belarussische Partei der Kommunisten (BPK), die Sozialistische Partei (SPB), die Agrarpartei (BAP) und die Republikanische Partei der Arbeit und Gerechtigkeit (RPAG) - traten im Wahlkampf zusammen auf.

Einen Wahlblock bildeten auch die zentristischen und national-demokratischen Parteien: die Belarussische Volksfront (BVF), die Belarussische Sozialdemokratische Hromada (BSDH), die Christlich-Demokratische Partei (CDPB), die Bauernpartei (BBP) und die National-Demokratische Partei (NDPB).

Die Partei der Volkseintracht (PVE), die Vereinigte Demokratische Partei (VDP) und die Bürgerpartei (BP) bildeten Ende Januar 1995 den neuen demokratischen Block "Bürgerliche Eintracht", um bei den Parlamentswahlen gemeinsam anzutreten. Diesem Block gehören renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller an. Der Block stellte 200 Kandidaten auf.

Die Wahlkampagne wurde aus dem Staatsbudget finanziert. Im Wahlkampf durfte jeder Kandidat sein Wahlprogramm auf anderthalb Seiten in einer Zeitung veröffentlichen und einmal im Fernsehen oder Radio auftreten. Vom Staat bekam jeder Bewerber 600.000 Rubel (etwa 70 DM) für seine Wahlkampagne. (Zum Vergleich: Für diese Summe sind 40 Flaschen Wodka erhältlich). Präsident A. Lukašenka hat per Erlaß die

¹ Sovetskaja Belorussija, 1.6.1995, S. 1.

Finanzierung der Wahlkampagne durch Privatunternehmer untersagt. Als Strafmaßnahme sind Verbot und Schließung ("Liquidation") der Firmen vorgesehen. Dieser Erlass des Präsidenten erhöhte die Wahrscheinlichkeit, daß parteilose Abgeordnete die Mehrheit im Parlament bilden. Je weniger das Parlament in sich strukturiert und innerlich einheitlich, d.h. ohne klare parteiliche Dominanz ist, desto schwächer, zersplitterter und manipulierbarer wird es. Ein solches Parlament kann vom Präsidenten leicht gesteuert werden, was zur Festigung der Exekutive führen wird.

Die stärkste parteipolitische Kraft im Parlament nach der Wahl sind, wie erwartet, die Kommunisten und ihre Verbündeten. 27 Abgeordnete gehören der BPK an, 30 sind BAP-Mitglieder, 3 sind Mitglieder der PVE, je 1 Mandat haben die BSDH, die Grünen, die RPAG, die BBP und die Belarussische Patriotische Bewegung (BPB).¹ Die BVF hat bislang keinen einzigen Abgeordneten im Obersten Sowjet. 55 Deputierte sind parteilos, viele von ihnen gehören der örtlichen Nomenklatura an. Fast 60% der Abgeordneten vertreten die kollektive Landwirtschaft. Überwiegend sind es Kolchos- und Sowchosvorsitzende.

Der Führer der BVF, Z. Poznjak, hat nach dem ersten Wahlgang am 14.5.1995 die Niederlage der National-Demokraten eingestanden. Von den 254 Kandidaten der BVF haben lediglich 44 den zweiten Wahlgang erreicht. Als einen der Gründe des Desasters nannte Z. Poznjak die Übermacht der lokalen Nomenklatura, die in den Provinzen ihre größten Erfolge verbuchen konnte. Vor der zweiten Wahlrunde haben die Parteien der demokratischen Opposition (BVF, BSDH, BBP, NDPB und BCDV) gemeinsame Positionen ausgearbeitet.² Ihre größten Hoffnungen setzten die National-Demokraten auf die Hauptstadt Minsk. Sie wurden aber enttäuscht: Wegen der niedrigen Wahlbeteiligung war die Abstimmung im zweiten Wahlgang in allen 42 Wahlkreisen von Minsk ungültig.

Das schicksalsträchtige Referendum

Gleichzeitig mit den Parlamentswahlen fand am 14.5.1995 ein Referendum statt. Sein Initiator war Präsident A. Lukašenka. Den Wählern wurden vier Fragen vorgelegt: über den Status der russischen Sprache, die Staatssymbolik, die Integration mit Rußland und das Recht des Präsidenten, das Parlament aufzulösen. Die Ergebnisse der ersten drei Fragen sind für den Präsidenten bindend, das der vierten Frage hingegen nicht. Dies hat das alte Parlament in seiner letzten Sitzung am 13.4.1995 entschieden.

Von insgesamt 7.445.820 Wahlberechtigten nahmen am Referendum 4.830.582 (= 64,8%) teil.

Die erste Frage: "Sind Sie einverstanden, daß die russische Sprache den gleichen Status wie die belarussische Sprache bekommt?" bejahten 4.017.273 (= 83,3%) Wähler, 613.516 (= 12,7%) Wähler verneinten, 192.693 Stimmzettel waren ungültig.

Die zweite Frage: "Unterstützen Sie den Vorschlag hinsichtlich der Einführung der neuen Staatsflagge und des neuen Staatswappens der Republik Belarus?" haben 3.622.851 (= 75,1%) Wähler bejaht, 988.839 (= 20,5%) verneint, 211.792 Stimmzettel waren ungültig.

Die dritte Frage: "Unterstützen Sie die Schritte des Präsidenten der Republik Belarus', die auf die wirtschaftliche Integration mit der Rußländischen Föderation gerichtet sind?" haben 4.020.001 (= 83,3%) Wähler bejaht, 602.144 (= 12,5%) verneint, 201.337 Stimmzettel waren ungültig.

Die vierte Frage: "Sind Sie mit der Notwendigkeit der Veränderungen in der Verfassung der Republik Belarus' einverstanden, die die Möglichkeit der vorzeitigen Auflösung des Obersten Sowjet durch den Präsidenten der Republik Belarus' im Fall systematischer oder grober Verletzungen der Verfassung vorsieht?" haben 3.749.266 (= 77,7%) bejaht, 857.485 (= 17,8%) verneint, 216.731 Stimmzettel waren ungültig.

Zwei Tage nach dem Referendum wurde die neue Staatsflagge auf der Residenz des Präsidenten gehißt. Dies ist die rot-grüne Flagge der Belarussischen Sowjetrepublik mit nationalem Ornament, aber ohne Hammer und Sichel.

Das Resultat des Referendums ist ein persönlicher Erfolg des Präsidenten. Innenpolitisch ist die vierte Frage des Referendums für den Präsidenten am wichtigsten. Das Volksvotum hat die Position des populistischen und populären Präsidenten gegenüber dem zukünftigen Parlament wesentlich gestärkt. Rußlands Präsident El'cin hat Ende 1993 einige Monate ohne das Parlament regiert und hat damit den anderen

¹ Sovetskaja Belorussija, 31.5.1995, S. 1.

² Sovetskaja Belorussija, 25.5.1995, S. 1.

Präsidenten der GUS ein gutes (schlechtes?) Beispiel gegeben. Der belarussische Präsident Lukašenka geht weiter: Er zieht es vor, ohne Parlament zu regieren anstatt mit einem schwachen, wie in Rußland. Selbst ein schwaches Parlament ist ein permanenter Unruhestifter, ein Kritiker des Präsidenten und eine Plattform für die Opposition.

Der autoritäre Präsident, der mit seinen Ukazen und ohne Parlament regiert, verwirklicht das Streben der Bevölkerung nach der "starken Hand". Die Autorität der Legislative ist auch dank der Bemühungen des Präsidenten denkbar gering. Im ersten Wahlgang hat Lukašenka die Stimmabgabe öffentlich verweigert und damit zur Sabotage der Wahlen und zur Apathie beigetragen. Das Rechtsbewußtsein und Vorstellungen von einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung sind in der belarussischen Gesellschaft sehr schwach ausgeprägt. Es herrschen skeptische Zurückhaltung und intuitive Ablehnung der parlamentarischen Institutionen. Demokratie und Marktwirtschaft sind etwas Fremdes und diskreditiert. Die Bevölkerung konzentriert sich auf Alltagsprobleme und ist überwiegend apolitisch. Die wirtschaftliche Lage in Belarus' ist katastrophal: Viele Betriebe stehen still, die Belegschaften haben unbezahlten Urlaub. Es herrscht der nackte Kampf ums Überleben. Deswegen hat ein Drittel der Bevölkerung das Referendum und die erste Runde der Parlamentswahlen ignoriert; fast die Hälfte blieb dem zweiten Wahlgang fern.

Die gescheiterten Parlamentswahlen haben dennoch die politischen Sympathien der Belarussen gezeigt: Die Kommunisten und Agrarier, die gegen Privatisierung und marktwirtschaftliche Reformen, für ein enges Bündnis, sogar eine Föderation mit Rußland eintreten, sind eindeutige Sieger. Weder Reformkommunisten (Sozialistische Partei) noch Sozialdemokraten (SDPH), geschweige National-Demokraten (BVF), haben eine Chance, in den nächsten fünf Jahren die Politik in Belarus' zu bestimmen.

Nach dem Referendum hat Lukašenka bedauert, daß in der dritten Frage hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration nur Rußland ohne die Ukraine erwähnt wurde. Der belarussische Präsident tritt für einen neuen Bund der souveränen slawischen Staaten ein.¹

Der Außenminister von Belarus', V. Sen'ko, betrachtet das Fehlen eines Parlaments als nicht dramatisch. Er meint, daß das Wichtigste bei der wirtschaftlichen Annäherung an Rußland die Erhaltung der Souveränität von Belarus' sei. Der Minister ist überzeugt, daß die Annäherung an Rußland keine Gefahr für die belarussische Staatlichkeit berge.²

Die russische Presse über die Entwicklung in Belarus'

Die Reaktionen auf die Resultate des Referendums in der Moskauer Presse sind unterschiedlich. Die kommunistische Zeitung "Pravda" reagierte positiv und bezeichnete das belarussische Referendum als "Anfang des realen Vereinigungsprozesses". "Hier in Belarus' wurde die Sowjetunion 'aufgelöst', hier beginnt auch ihre Wiedergeburt". "Die Menschen glauben, daß Lukašenka die Vereinigung mit Rußland erreicht und die Kapitalisierung der Gesellschaft stoppt".³

Die populärsten und auflagestärksten Zeitungen demokratischer und liberaler Orientierung kommentieren überwiegend zurückhaltend und kritisch. Die Zeitung "Moskovskij komsomolec" konstatiert im Artikel "Zurück in die Zukunft", daß das Referendum rein ideologischen Charakter hatte und zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme nicht beitragen konnte. Trotzdem seien die Belarussen bereit, ihrem Präsidenten alle Macht zu geben.⁴

Im Artikel "Der Sohn des belarussischen Volkes ist sein Vater geworden" stellte die Zeitung "Komsomol'skaja pravda" im Vorfeld des Referendums fest, daß Lukašenka sich von Anfang an bemühte, die eigene Macht zu festigen. Seine Hauptstützen seien das Innenministerium, der Sicherheitsdienst und die Armee, mit deren Hilfe Lukašenka die Macht in seinen Händen konzentrierte.⁵

Die Zeitung "Nezavisimaja gazeta" betont im Artikel "Lukašenka setzt sich über alle Hindernisse hinweg", daß Lukašenka die Kampagne zur Diskreditierung der Idee des Parlamentarismus geleitet habe. Er versuche, den Wählern die Illusion zu vermitteln, daß man auch ohne Parlament leben könne.⁶ Nach dem

¹ Kievskie vedomosti, 17.5.1995, S. 1.

² Sovetskaja Belorussija, 17.5.1995, S. 1.

³ Pravda, 16.5.1995, S. 1.

⁴ Moskovskij komsomolec, 18.5.1995, S. 4.

⁵ Komsomol'skaja pravda, 25.4.1995, S. 2.

⁶ Nezavisimaja gazeta, 13.5.1995, S. 2.

Referendum konstatierte die "Nezavisimaja gazeta", daß die belarussische Gesellschaft gespalten sei und der Präsident Initiator dieser Gespaltenheit sei... Für die Machtelite in Belarus' beginne die kommunistische Renaissance, dabei könne von realen marktwirtschaftlichen Reformen keine Rede sein.¹

Die Zeitung "Segodnja" stellt im Artikel "Sowjetfahne über der Residenz des Präsidenten" fest, daß "die Demokraten in Belarus' nicht nur das Referendum, sondern auch den ersten Wahlgang der Parlamentswahlen verloren haben". So bekommt Belarus' das "rote" Parlament, in dem die orthodoxen Kommunisten das Sagen haben.²

Die russische Duma hat die Resultate des belarussischen Referendums mit "Begeisterung" aufgenommen, sie bestätigten das Streben des belarussischen Volkes nach Zusammenhalt mit Rußland. In einer speziellen Erklärung sieht die Duma keine Alternative zur Idee der Vereinigung der Völker der GUS.³

Der russische Präsident El'cin hat Lukašenka zum Erfolg des Referendums gratuliert und seine Genugtuung geäußert, daß sich die Belarussen für die Integration mit Rußland ausgesprochen hätten.⁴

Ausblick

Das wichtigste Resultat des Referendums und der Parlamentswahlen in Belarus' ist innenpolitisch ein starker Ruck der Republik nach links und außenpolitisch nach Osten. Das bedeutet noch nicht, daß in Belarus' die orthodoxen Kommunisten an der Macht sind und den Sozialismus in einem Land aufbauen werden oder daß Belarus' seine Staatlichkeit aufgibt. Das zukünftige Parlament wird zu schwach sein, um eine eigene politische Linie zu verfolgen. Schon längst ist Belarus' de facto präsidiale Republik; die Wahlen und das Referendum unterstreichen dies eindeutig.

Im Unterschied zur Ukraine, wo Präsident Kuèma den Weg der marktwirtschaftlichen Reformen geht und eine sehr vorsichtige und gemäßigte Verbesserung des Verhältnisses zu Rußland sucht, strebt der belarussische Präsident Lukašenka in erster Linie eine wirtschaftliche Annäherung an Rußland an und sieht darin den Ausweg aus der Krise, nicht aber in einer entschlossenen Reformpolitik.

Mit billigen Energie- und Rohstofflieferungen aus Rußland und der Öffnung des riesigen innerrussischen Marktes für belarussische Produkte hofft Lukašenka auf eine Verbesserung der Lage. Wenige Tage nach dem Referendum wurde die Zollkontrolle an der russisch-belarussischen Grenze abgeschafft.

¹ Nezavisimaja gazeta, 16.5.1995, S. 1.

² Segodnja, 18.5.1995, S. 7.

³ Rossijskaja gazeta, 30.5.1995, S. 5.

⁴ Rossijskaja gazeta, 17.5.1995, S. 1.

Präsident Lukašenka versucht einen Balanceakt zwischen der Souveränität und der Anbindung an Rußland. Nur eine wirtschaftliche Union mit Rußland, ohne politische und militärische Konzessionen, wie sie von Lukašenka angestrebt wird, scheint jedoch illusorisch zu sein.

Alexander Ott